

Protokoll der Stadtratsitzung Sulzbach-Rosenberg vom 28.06.2022

Dies ist kein offizielles Protokoll. Die aufgeführten Beschlussvorschläge sind teils gekürzt, sinngemäß in eigenen Worten dargestellt. Die aufgeführten Wortbeiträge sind nicht wortwörtlich, sondern sinnwährend gekürzt ohne Anspruch auf Vollständigkeit wiedergegeben.

Die Sitzungsvorlagen mit Sachdarstellung und Beschlussvorschlag zu den jeweiligen TOP sind auf <https://buergerinfo.suro.info/infinfo.php> abrufbar.

TOP Ö 1: Bürgerversammlung vom 07.04.2022; TOP 2: Diverse Anträge zum "Kempfenhofer Weg" und "Wilhelm-Sträubig-Straße"; Antrag auf Beitritt zum Zweckverband Kommunale Verkehrssicherheit Oberpfalz

Beschlussvorschlag: Der Stadtrat nimmt den Antrag von Frau Brunner zur Kenntnis und

a) beauftragt die Verwaltung, die konkreten Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit dem Zweckverband Kommunale Verkehrssicherheit Oberpfalz zur weiteren Behandlung im Gremium aufzubereiten; alternativ

b) beschließt, dem Beitritt zum Zweckverband Kommunale Verkehrssicherheit Oberpfalz nicht näher zu treten.

Fr. Wendl: schlägt vor, beide Anbieter näher zu untersuchen (Vor-/Nachteile). Gemeinde kann, muss aber nicht die Überwachung übernehmen. Externe Vergabe möglich. Stadt überwacht momentan nur ruhenden Verkehr.

Stadträtin Mutzbauer: Verkehr muss neu geordnet werden. Öffentl. Raum gehört nicht ausschließlich den Autos. Regeltreue einfordern. Grüne wollen sowohl fließenden, wie auch ruhenden Verkehr (extern) überwachen lassen.

Stadtrat Volkert:

SURO2030 ist dafür, dass die Verwaltung eine Zusammenarbeit mit dem Zweckverband auf den Weg bringt. Wir erhoffen uns dadurch eine Verbesserung der Verkehrssituation in der Stadt, sind uns aber bewusst, dass dies nicht alleine durch den Beitritt zum Zweckverband geschieht.

Die Überwachung des Verkehrs ist Aufgabe der Kommune. Die Kommune soll für die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer Sorge tragen und entscheidet, ob, wann und wo überwacht wird. Um die Brennpunkte – ob es die Wohngebiete mit der Überlastung durch den fließenden Verkehr oder die Innenstadt mit der bekannten Parkproblematik sind – zu entschärfen, braucht es auch den klar formulierten Willen der Stadt, Übertretungen zu sanktionieren. Egal, wo sie stattfinden. Zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger der Stadt muss man bereit sein, auch mal jemandem wehzutun und die Verkehrsüberwachung auch an Orten intensivieren, die bisher außen vor waren. Auch die Aufklärung der Verkehrsteilnehmer über ihr Verhalten im Straßenverkehr würde für eine Entspannung sorgen.

Beides – Sanktionierung und Aufklärung – kann die Stadtverwaltung natürlich auch in Eigenregie. Doch sind die Kapazitäten der städtischen Verkehrsüberwachung und auch der Polizei begrenzt. Deshalb ist eine Zusammenarbeit mit dem Zweckverband Kommunale Verkehrsüberwachung sinnvoll. Sie würde die personelle Situation entschärfen und – auch das sollte nicht außer Acht gelassen werden – keine zusätzlichen Kosten verursachen.

Den Willen vorausgesetzt, mehr für die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer tun zu wollen, ist der Beitritt zum Zweckverband sehr hilfreich und sicher auch im Sinne vieler Bürger und Bürgerinnen in unserer Stadt.

Stadtrat Bender: SPD spricht sich für Vorschlag a) aus. Fordern Vergleichszahlen mit vergleichbaren Gemeinden. Kosten, Nutzen. Was geschieht mit Personal der Stadt? Möchte aktuelle Zahlen der Verkehrsüberwachung: Einnahmen/Ausgaben. Beklagt steigende Rücksichtslosigkeit im Verkehr, Schwächste müssen geschützt werden, auch über Sanktionen.

BM: Überwachung kann getrennt werden. Z.B. nur fließender Verkehr möglich.

Stadtrat Bernd: Fordert Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer. Will nicht eine gegen andere ausspielen und fordert gegenseitige Rücksichtnahme ein. Polizei sollte hier ihre Aufgabe mehr wahrnehmen. Will a) zustimmen, setzt aber in erster Linie auf Rücksichtnahme. Glaubt nicht, dass Sanktionen Heilmittel sind. Konflikte gibt es zwischen allen Verkehrsteilnehmern.

Stadtrat Fröhlich: Gutes Miteinander aller Verkehrsteilnehmer wichtig. Es geht nicht darum, jemanden vorzuziehen. Jeder muss sich aber an die Regeln halten. Fordert Prüfung in vergleichbaren teilnehmenden Gemeinden hinsichtlich einer Verbesserung der Verkehrssituation. Sofortiger Beitritt durch Beschluss rechtlich evtl. bedenklich. Fordert weitere Prüfung (ähnlich Bender).

Stadtrat Reitzenstein: für FDP ein weiter Schritt für Fairness zwischen Verkehrsteilnehmern. FDP hält Zusammenarbeit für richtig. ZVKVS erkennt Gefahrenpunkte welche Stadt evtl. noch nicht erkannt hat. Elterntaxis vorbeugen (ZVKVS Bringzonen).

Stadtrat Thar: Bemängelt fehlende Prüfung des alternativen Anbieters (aus Ursensollen).

Fr. Wendl: Antrag lautete laut BV auf Zweckverband. Verwaltung will beide Verbände vergleichen.

BM: Variante a) gibt Prüfung an, beide/alle Möglichkeiten würden geprüft.

→ Dem Beschlussvorschlag (a) wurde einstimmig zugestimmt

TOP Ö 2: Bürgerversammlung vom 07.04.2022; TOP 3-4: verschiedene Anträge zum "Kempfenhofer Weg und Wilhelm-Sträubig-Straße";

Beschlussvorschlag: Der Stadtrat nimmt die Ausführungen der örtlichen Straßenverkehrsbehörde in der Sitzungsvorlage zur Kenntnis und beschließt, dass

a) die Widmung als Gemeindeverbindungsstraße aufrechterhalten bleiben soll. Das Baureferat wird damit beauftragt, Vorschläge zu baulichen Verbesserungen des Ausbaustandes bzw. zur Trennung der Verkehrsarten im Verbindungsweg sowie zur Verlangsamung des Verkehrs in der W.-Sträubig-Straße im Bereich der Blumenau zu erarbeiten. Der unter Ziffer 6 c) der Sitzungsvorlage beschriebene Beschilderungsvorschlag der Straßenverkehrsbehörde (Allgemeiner Verkehr mit Beschränkung des Schwerlastverkehrs ab 7,5 t, Zulassung des Land- und forstwirtschaftlichen Verkehrs) sowie Hinweisen durch Gefahrenzeichen wird empfohlen, oder

b) der Verbindungsweg straßenrechtlich umgestuft oder teilentwidmet werden soll. Das Baureferat wird damit beauftragt, das Verfahren nach dem Bayer. Straßen- und Wegegesetz einzuleiten.

BM: Umfangreiche Sitzungsvorlage, dank an Fr. Wendl, welche sich intensiv mit Thema befasst habe. Gemeinsames Gespräch im Vorfeld: rechtl. Würdigung besprochen.

Fr. Wendl: versch. Anträge aus Bürgerversammlung (9 Anträge): Eine Seite möchte weg per Auto nutzen. Andere Seite möchte Verkehr einschränken. Situation auf diesem Weg soll verbessert werden. Aktuelle Widmung als Gemeindeverbindungsstraße (Widmung/Nutzung), Geschichtl.: Schlussfolgerung aus vergangenen Verkehrsschauen: Weg kann nicht geöffnet werden kann (Begründung: Ausbaustatus). Es gelten Straßenrecht und Straßenverkehrsrecht. Zweiteres kann auf Dauer nicht beschränken.

Gefahrensituation sollte beseitigt werden. Dann muss Beschilderung weg. Ausnahmegenehmigungen für best. Nutzer: in größerer Menge nicht zulässig. Auswahl schwierig. Nicht sachlich zu argumentieren. Aktuell keine Ausnahmegenehmigungen mehr aktiv.

Verschiedene Verkehrszahlen (auch aus Zone 30): formal widerrechtl. Verkehrsmengen vergl. mit anderen Zone 30 (bewegen sich um 50 km/h) in Blumenau sind das eigentlich nur Ausreißer. Keine nennenswerten Unfälle.

Möglichkeiten wurden geprüft um beide Seiten zufrieden zu stellen:

Kempfenhof kann kurze Anbindung in Anspruch nehmen (geht davon aus, dass kein Durchgangsverkehr von B14 sein wird – bezieht sich auf Erhebung zum Baugebiet).

Zulässige Einschränkungen: Einbahnlösung (Verkehr würde sich verlagern, Landwirtschaft sollte von beiden Richtungen Zufahrt haben) nicht zielführend

Ortsteil Kempfenhof möchte keinen Durchgangsverkehr, nur Anliegerverkehr. Einschränkung nur durch besondere Gefahrenlage (welche nicht vorliegt). „Anliegerverkehr ist Anlügenverkehr“. Schwer zu kontrollieren.

Möglich wäre: Schwerlastverkehr wird ausgenommen (mit Anlieger). Übergang Kempfenhof/Kauerhof, Schwerlastverkehr einschränken. Bus dürfte nach wie vor passieren.

Diskussion mit Polizei: Radfahrer/Wanderer. Hinweis auf besondere Gefahrenzonen/stellen.

In Wilhelm-Sträubig-Straße: rechts-vor-links wird missachtet. Zusätzl. Hinweisbeschilderung bei Vogelherdstr. auf rechts-vor-links möglich. Parkflächen könnten markiert werden. Bauliche Maßnahmen evtl. möglich, hier müsste Bauamt Vorschläge machen.

Grundsätzlich: Die Art der Beschilderung entzieht sich der Entscheidung des Stadtrats. Stadtrat kann Straßenverkehrsordnung nicht aushebeln.

Hr. Mizler: Rechtl. Einschätzung: Einstufung Gemeindeverbindungsweg. Richtig? lt. bayr. Verwaltungsgerichtshof: Einteilung in Klasse richtet sich nach Verkehrsbedeutung. Definition Gemeindeverbindungstraßen. Abstufung kommt nur in Betracht, wenn Voraussetzungen nicht mehr gegeben sind. Straße ist korrekt eingestuft.

Wesentlich ist ein Miteinander der Verkehrsteilnehmer. Bauliche Maßnahmen sind nötig, welche der akt. Widmung gewährleisten und Sicherheit bringen.

Stadtrat Kunert:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe ZuhörerInnen aus Kempfenhof und aus der Blumenau. Wir müssen heute eine eindeutige und unmissverständliche Grundsatzentscheidung zum „Kempfenhofer Weg“ treffen.

a) die Öffnung und damit den erforderlichen Ausbau der Gemeindeverbindungstraße

oder

b) die Umwidmung der Gemeindeverbindungstraße zu einem kombinierten Geh- und Fahrradweg, frei für den land- und forstwirtschaftlichen Verkehr.

Was heute nicht passieren darf, ist eine Kompromisslösung mit unklaren, missverständlichen und rechtlich nicht haltbaren Regelungen. SURO2030 spricht sich für den Beschlussvorschlag B aus, also die Umwidmung zu eine kombinierten Geh- und Fahrradweg, frei für den land- und forstwirtschaftlicher Verkehr.

Begründung:

1. Alle zurückliegenden Ausnahmeregelungen, Zugeständnisse und rechtlich fragwürdigen Entscheidungen konnten von uns nicht beeinflusst werden.
2. Aus ökologischer und ökonomischer Sicht ist aktuell eine zweite Erschließungsstraße für den Stadtteil Kempfenhof nicht zu rechtfertigen.

Ökologie:

Die Öffnung und der damit unweigerlich verbundene Ausbau der Gemeindeverbindungsstraße hat Waldrodungen und eine zusätzliche Flächenversiegelung in der Größe eines halben Fußballfeldes zur Folge. Die ausgebaute Straße durchschneidet das Eingangstor zum Naherholungsgebiet Wagensass und dem Sternstein.

Ökonomie:

Der Ausbau wird geschätzt, je nach Ausbaustandard und Bodenverhältnissen zusammen mit dem erforderlichen Grundstückserwerb und der Planung ca. 1,5 Mio. Euro kosten. Abzüglich der möglichen Förderung ist ca. eine 3/4 Mio. Euro durch die Stadt zu tragen. Geld das wir ohne weitere Verschuldung nicht haben und das dringender für anstehende Schulerweiterungen und -sanierungen gebraucht wird.

Auszug aus der Festsetzung und Begründung zum Baugebiet Kempfenhof Ost: „Die Anbindung des Neubaugebietes über den Kempfenhof Weg, zumindest ab der Einmündung Zum Postweg, und die Kauerhofer Straße zum überregionalen Straßennetz der Bundesstraße B 14 und somit an den Hauptort ist leistungsfähig“.

Alternativ wurde die Anbindung des Neubaugebietes an den Hauptort über die Verbindungsstraße zwischen den Stadtteilen Kempfenhof und Blumenau geprüft.

Zum Abschluss folgende Textpassage von 2017 aus dem rechtskräftigen Bebauungsplan „Kempfenhof Ost“.

Zitat: „Auf Grund der Tatsache, dass diese Verbindungsstraße einen schlechten Ausbauzustand aufweist, die entsprechenden Ausbaukosten in keiner Relation stehen sowie die Einleitung des Verkehrs in das Wohngebiet des Stadtteils Blumenau, stellt diese Anbindung keine Alternative dar, zumal für den Ausbau dieser Verbindungsstraße zusätzliche Flächen erworben werden müssten und auch Waldrodungen hierfür erforderlich wären.“

Stadträtin Mutzbauer: Allen Erwartungen kann nicht gerecht werden. Dankt Fr. Wendl. Vorgaben sind gegeben. Berechtigter Anliegerverkehr würde evtl. zugelassen. Fraktion hin- und hergerissen. Fuß- und Radweg am liebsten, Verständnis für Kempfenhofer. Für Aufrechterhaltung der Widmung/Öffnung der Straße. Bauliche Verbesserung des Weges (eigene Spur für Radfahrer und Fußgänger) Gegen „großen“ Ausbau des Weges. Sperrung ab 3.5 t. Verkehr weiter verlangsamt in Blumenau. Appell an einzelne, die Verkehrsströme zu verändern.

Stadtrat Bernd: 1994 stellt LRA fest, dass Öffnung der Straße nicht stattgegeben werden kann. Ausbau kostet, Geld ist nicht vorhanden. Keine Flächen versiegeln. Für Umwidmung. Verantwortung der Stadt für unmittelbare Umgebung: für Natur, gegen Zerstörung der Natur.

Stadtrat Reitzenstein: K-Weg beschäftigt seit 28 Jahren. Beckstein beanstandete Sperrung. Rechtl. Gutachten gegen Sperrung. Straßenrecht steht über anderen. Über Widmung ist nicht hinweg zu sehen. Verkehrsströme normal für Wohngebiet. Zweiter Rettungsweg nötig. Weg aufrechterhalten als Rettungsweg. Unterstützen Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung. Separate Leitung der Fußgänger und Radfahrer, aber ohne großen Ausbau. Straße breit genug. Kein Unfallschwerpunkt. Nachbarschaftlicher Verkehr muss geregelt sein. FDP spricht sich für Öffnung aus.

Stadtrat Bender: Dank an Fr. Wendl. SPD will Widmung aufrechterhalten. Rechtssicherheit für Kempfenhofer. Berechtigte Interessen der Anwohner der Blumenau müssen aber berücksichtigt werden. Spricht sich gegen „Horrorzahlen“ aus, wie 1.4 Mio Ausbau, 1.5-2m Abstand zu Radfahrern oft nicht möglich. „Normaler“ kleiner Ausbau mit Ausweichstellen. Kein großer Ausbau.

Für Blumenau: Blumentröge in Kettelerstraße (als negatives Beispiel welches oft dennoch schnell passiert wird). Berliner Kissen? Parkbuchten? Lösungen für Blumenau sollten überlegt werden.

Stadtrat Fröhlich: längst überfälliger Sachverhalt. Zwei Dimensionen: rechtlich und inhaltlich. Dankt Fr. Wendl. CSU hat Sachlage ebenfalls juristisch klären lassen. Widmung klar, Umwidmung nur dann möglich, wenn Nutzung nicht mehr aufrechterhalten oder besondere Unfall/Gefahrenstellen. Darf nicht dauerhaft beschränkt werden. Rechtl. keine Alternative zur Öffnung.

Inhaltlich als Antwort zu Stadtrat Kunert: wir entscheiden nicht über Ausbau sondern über Öffnung (rechtl. erforderlich). Unfallzahlen lassen Öffnung zu. Kompromiss nicht immer möglich, Entgegenkommen nötig. Im Falle einer Öffnung: Geschwindigkeit eindämmen in Blumenau und K-Weg. Weitere Geschwindigkeitsbeschränkungen in Blumenau. Spricht sich für a) aus.

Stadtrat Thar: Dankt Fr. Wendl. Grundsatzentscheidung. Gemeindeverbindungsstraße ist Fakt – muss offen sein. Öffnung zustimmen und dann nach Lösungen suchen. stimmt für a)

BM: sieht Mehrheit bei Öffnung. Mahnt Verbesserungen für beide Ortsteile an. Verkehrszahlen sollten möglichst reduziert werden, Geschwindigkeiten ebenso. Schwerlastverkehr ausschließen. Bauliche Maßnahmen (Bsp.: Berliner Kissen). Will auch Anwohnern Rechnung tragen.

→ Dem Beschlussvorschlag (a) wurde mit 18 zu 4 Stimmen zugestimmt

TOP Ö 3: Bürgerversammlung vom 07.04.2022; TOP 1: Installation eines Verkehrszählgeräts in der Goethestraße

Beschlussvorschlag: Der Stadtrat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

→ Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt

TOP Ö 4: Bürgerversammlung vom 07.04.2022; TOP 5: Verkehrsberuhigende Maßnahmen in der Lerchenfeldstraße

Beschlussvorschlag: Der Stadtrat nimmt die Ausführungen der örtl. Straßenverkehrsbehörde zur Kenntnis.

→ Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt

TOP Ö 5: Bürgerversammlung vom 07.04.2022; TOP 6: Radverkehr in der Stadt Sulzbach-Rosenberg

Beschlussvorschlag: Der Stadtrat beschließt, die Anregungen des Antrags zur Behandlung an das mit der Erstellung des Radverkehrskonzeptes beauftragten Instituts weiterzuleiten.

→ Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt

TOP Ö 6: Bürgerversammlung vom 07.04.2022; TOP 7: Radwege und Verkehrüberwachung

Beschlussvorschlag: Der Stadtrat beschließt, den Antrag bezüglich des Geh- und Radweges im Rahmen des Radverkehrskonzeptes zu behandeln. Bezüglich des Beitritts zum Zweckverband Kommunale Verkehrssicherheit Oberpfalz wird auf den weiteren diesbezüglichen Beschluss unter TOP 1 der heutigen Sitzung verwiesen.

→ Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt (wird mit Top 1 gebündelt)

TOP Ö 7: Maxhüttengelände; Antrag in der Bürgerversammlung am 07.04.2022, TOP 9

Beschlussvorschlag: Der Stadtrat nimmt die Sitzungsvorlage des Baureferates vom 02.06.2022, Az.: IV-614/Schölst – Maxhüttengelände, zur Kenntnis.

Stadtrat Fröhlich: Konzept MHIC sollte im Stadtrat vorgestellt werden. Bisher noch nicht bekannt. Beschlussvorschlag sollte geändert werden – ergänzt um Vorstellung des Konzepts.

Fr. Schöllhorn: Büro kennt das MHIC. Kontakte sind hergestellt. Alle Partner bei Gesprächen anwesend. Das Konzept wird in Zwischenergebnissen vorgelegt. MHIC wird vorgestellt, je nachdem wie man es integrieren kann.

Stadtrat Fröhlich: Konzept wird öffentlich diskutiert. Stadtrat sollte informiert werden.

BM: Beschlussvorschlag wird ergänzt durch Vorstellung des Konzepts.

Stadtrat Thar: schließt sich Fröhlich an. Ist Teil von MHIC, diese haben mit Büros gesprochen. Zeigt Unverständnis und will Vorstellung.

BM: Vorstellung wird aufgenommen in Beschlussvorschlag.

→ Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt

TOP Ö 8: Vorstellung der Potenzialflächenanalyse für Freiflächen-Photovoltaikanlagen

Vortrag von Hr. Trepesch

- richtige Standortwahl wichtig. Konzept ist Erleichterung für Voranfrage. Kartierung zeigt mögliche (und nicht mögliche) Standorte.
- Dächer bevorzugt. Viele EFH sind bereits belegt. Musterbeispiele vorhanden, aber auch ausbaufähige Flächen. Für jede Anlage muss Voranfrage und Bebauungsplan erfolgen.
- Striegel wird gelobt (aus Entfernung ähnlich Wasserfläche). Ackerflächen genauer untersucht. Landwirtschaftl. Nutzung unter Anlagen möglich. Doppelnutzung nicht auszuschließen. Konversionsflächen (Bahnlinien, vorbelastete Flächen). nördl. Maxhütte entlang der Bahn, Wertstoffhof, Großalbershof (Deponiefläche), Poppenricht (Sendemast)

- Flächen sollten angebunden sein an Wohn- oder Industriegebiet. Waldnähe kritisch (Wildwege werden u.U. unterbrochen)
- Einige Fakten gegen eine Installation: Dauergrünland, Natura-2000 Gebiete, Naturschutzgebiete, Landschaftsschutzgebiete, Biotopkartierte Flächen, Talräume (Wassersensible Bereiche)
- Stadt kann natürlich mitentscheiden, welche Flächen ausgespart werden sollten

Stadtrat Koller: bedankt sich.

Stadtrat Steger: mahnt zu starke Verdichtung (Bsp. Striegel) an – zu geringe Regenwasserdurchlässigkeit.

Stadtrat Hr. Geismann: Wasserschutzgebiete, wie werden die bewertet

Hr. Trepesch: Wasserschutzgebiete kein Ausschlusskriterium mehr

Stadträtin Schmidt-Hartmann: begrüßt Analyse um SR bei Entscheidungen künftig zu unterstützen. Entscheidung bleibt bei Stadt. SR sollte bei Realisierung genau prüfen, (negatives Beispiel Striegel)

BM: von welcher Fläche kann man ausgehen

Hr. Trepesch: ca. 178 ha mögliche Flächen zur Realisierung insgesamt

Stadtrat Rüger: fordert vermehrt Prüfung von Dachflächen. Förderungen prüfen.

Fr. Schöllhorn: Bauamt priorisiert Dachflächen. Stadt stößt an Grenzen. Lastannahmen für Schneelast erhöht – Puffer für PV-Anlagen ausgenutzt. inkl. PV wird zulässige Baulast das u.U. überschritten.

Städt. Liegenschaften sollen nach Antrag nochmals überprüft werden. Bericht über diese folgt.

BM: Konzept gute Grundlage für Struktur und Regulierung. Diskussion hat sich bez. Energiebedarf verändert. 2011 integr. Klimaschutzkonzept (inkl. Potential für PV-Flächen). Damals ca. 1 MW (bis 2030). PV Annaberg und Striegel zusammen bereits heute etwa 15 MW.

CO²-Neutralität: Ziele von integr. Klimaschutzkonzept sollten aktualisiert werden. Bevölkerung mit einbinden. Erzeugte Energie sollte in der Kommune verbraucht werden.

Stadtrat Reitzenstein: fordert Diskussion über PV in Altstadt (PV und Denkmalschutz im Einklang) Sollte berücksichtigt werden.

Hr. Trepesch: Kann als Landschaftsarchitekt über Denkmalschutz keine Aussage treffen.

Beschlussvorschlag: wird einstimmig beschlossen

TOP Ö 9: Ausrüstung von städt. Kraftfahrzeugen mit Abbiegeassistenzsystemen; Staatliche Zuwendung

Beschlussvorschlag: Der Stadtrat beschließt, dass mit der Ausrüstung von 10 städtischen Kraftfahrzeugen mit Abbiegeassistenzsystemen

a) sofort begonnen werden soll. Das Finanzrisiko der noch ausstehenden Genehmigung der entsprechenden Fördermittel trägt die Stadt, oder

b) bis zum Erlass eines rechtskräftigen Förderbescheids abgewartet werden soll. Haushaltsmittel sind in die Haushaltsplanung 2022 nicht aufgenommen.

Stadtrat Mörk: Frage: Jahreshöchstfördermenge 10 Fahrzeuge pro Jahr. Wie viele Fahrzeuge sollen aufgerüstet werden (gibt es weitere?) Systeme sollten umgehend beschafft werden.

Hr. Mizler: Neufahrzeuge sind bereits ausgerüstet. Ehrenamt beachten und möglichst in Vorleistung treten.

Stadtrat Fröhlich: will sicherstellen, dass sowohl FW als auch Bauhof ausgestattet wird. Sind alle Fahrzeuge abgedeckt?

BM (Hr. Mizler): Feuerwehrfahrzeuge (laut Antrag) berücksichtigt. Fahrzeuge mit best. Länge betroffen (techn. Voraussetzung)

BM: alle in Frage kommenden KfZ (wird nachgetragen in a)

→ Dem Beschlussvorschlag (a) wurde einstimmig zugestimmt

TOP Ö 10: Ernennung von Frau Andrea Meier zur stellvertretenden Leiterin des Standesamts Sulzbach-Rosenberg

Einstimmig beschlossen.

TOP Ö 11: Aktueller Stand der Kindertagesbetreuung in der Stadt Sulzbach-Rosenberg

Beschlussvorschlag: Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis. Die Verwaltung wird angewiesen, Möglichkeiten zu erarbeiten, wie insbesondere im Krippenbereich neue Betreuungsplätze geschaffen werden können.

BM: hebt Schwierigkeit der bedarfsgerechten Planung für Betreuung hervor. (Bsp. Einschulungskorridor)

Renner: 12 Einrichtungen mit insg. 730 Plätze (88 Kinder sind unversorgt – ohne Platz)

729 Plätze können nicht komplett besetzt werden (versch. Faktoren/Betr.-Schlüssel). Kita-Plätze, Krippenplätze, KiGa-Plätze.

Kriterien: Buchungszeiten, Integration (Betr.-Schlüssel höher: 4,5), Migration (Betr.-Schlüssel: 1,3), Schulabgänger/Rücksteller (Einschulungskorridor), Gastkinder (aus dem Landkreis), Geburten

Integration stärker gewichtet durch höheren Betr.-Faktor

Zahl der Geburten in letzten Jahren kaum verändert.

Stadtrat Reitzenstein: Wie sind Veränderungen möglich abgesehen von Fertigstellung Schießstätte. Gibt es noch Kapazitäten.

BM: Gespräche wurden geführt auch mit Trägern. Container weiter in Betrieb lassen (wird diskutiert). Planung erschwert durch genannte Faktoren. Anspruch bei 100% Betreuung.

Stadträtin Schmidt-Hartmann: Verwaltung möge die Einrichtung einer weiteren Waldkindergartengruppe/eines weiteren Waldkindergartens prüfen. Kostengünstig. Nachfrage ist vorhanden.

Renner: Waldkindergarten in Stifeterslohe hat um 10 Plätze erweitert. Zurzeit keine Förderung von staatl. Seite für Waldkindergärten

Stadtrat Fröhlich: Lobt Sitzungsvorlage. 88 fehlender Plätze dürfen nicht wegdiskutiert werden. Mahnt Verbesserung an. Hat Bedarf angemahnt. Anhand der Geburtenzahlen „besser“ kalkulieren. Geburten aus 4,5 Jahren (als Faktor): rechnet 804 Plätze an Bedarf aus. Kritisiert Planung durch Verwaltung. Gruppen teils sehr hoch belegt. Kreis-Jugend-Amt regt zwei weitere Gruppen an als Puffer.

Will Antrag stellen auf „Außengruppen“ (kein Waldkindergarten) an bestehenden KiGas. Bedarf an Außenbetreuung soll so gedeckt werden. Mehr Kinder sollen so betreut werden können.

Nicht länger auf die lange Bank schieben. Mahnt schnelle Lösungsvorschläge an.

BM: Verteidigt Planung durch unvorhersehbare Faktoren (Integration, Buchungszeiten, Einschulungskorridor). Vorhersagen recht schwierig.

→ Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt

TOP Ö 12: Vorlage der Haushaltsrechnung 2021 der Stadt und der Bürgerspitalstiftung; Feststellung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben II/I 20/2022

Beschlussvorschlag: Der Stadtrat nimmt vom Rechnungsergebnis 2021 der Stadt und der Bürgerspitalstiftung Kenntnis und stellt die über- und außerplanmäßigen Ausgaben (Anlage 8) fest. Für die Jahresrechnung 2021 der Stadt und der Bürgerspitalstiftung sind nunmehr die örtlichen Prüfungen durchzuführen..

Stadträtin Rauch: Was ist der Grund für die tatsächlichen Ausgaben von 425T€ gegenüber den geplanten 150 T€ für Winterdienst?

Fr. Schöllhorn: Hoher Salzverbrauch aufgrund der besonderen Wetterlage mit langer Frostperiode bis April.

Stadtrat Reyzl: Anfrage/Anmerkung zur Sitzungsvorlage/Bericht Seite 3 Coronasonderzahlung, Seite 6 Über-/Außerplanmäßige Ausgaben, Seite 7 Vermögensveränderungen 1 Mio Zugang

Hr. Eckl: Anmerkungen werden im Rechnungsprüfungsbericht detailliert aufgeschlüsselt

Stadtrat Fröhlich: Seite 4 826 T€ weniger als benötigt ausgegeben

Hr. Eckl: Teilweise noch keine Rechnungen für beauftragte Leistungen eingegangen bzw. Leistungen wurden nicht beauftragt

→ Dem Beschlussvorschlag wurde einstimmig zugestimmt

TOP Ö 15.1: Bekanntgabe der Beschlüsse aus dem nichtöffentlichen Teil der 24. Sitzung des Stadtrates vom 24.05.2022

- Spielplatz Blumenau; Auftragsvergabe der Spielgeräte

- Umfeldgestaltung des Förderturms; Teilprojekt der Gesamtdokumentation der Montangeschichte Sulzbach-Rosenberg; Vergabe der b) Restaurierungs- und Konservierungsarbeiten an den Bergbauexponaten; c) Restaurierung des Hallenbodens
- Umsetzung brandschutztechnischer Maßnahmen Rathausgasse I-3; Vergabe der Baumeisterarbeiten
- Sanierung der Maintenenbrücke in Sulzbach-Rosenberg; Vergabe der Planungsleistungen für die Leistungsphasen 2-9
- Vergabe der Baumschnitt- und Baumpflegemaßnahmen am Annabergweg
- Netzunterhalt „Loderhof BA I“; Vergabe der Erdarbeiten
- Änderung des Bebauungs- und Grünordnungsplans „Loderhof BA III“ im Bereich östlich der Loderhofstraße; Beauftragung Lärm- und Erschütterungsgutachten Bahnlinie

TOP Ö 16: Anfragen

Stadtrat Steger: Klarstellung zu Artikel in der SRZ vom 18.06.2022 aus Bauausschuttsitzung zu Tiny Houses und Energieeffizienz

Stadtrat Fröhlich: Radweg im Bereich der Maintenen-Brücke stark zugewachsen. Bitte um Rückschnitt.

Was passiert mit den gestellten Anträgen aus den Stadtratssitzungen?

1. Antrag CSU vom 19.12.2017PV-Anlage Klärwerk, 60 T€ im Haushalt verankert, Maßnahme noch nicht umgesetzt, aber keine Weiterführung der Haushaltsmittel
2. Kommunales Förderprogramm für PV-Anlagen auf Privatgebäuden vom 23.03.2021 wurde in den Hauptausschuss im April 2021 verwiesen und nicht wieder behandelt
3. Öffentliche Übertragung der Stadtratssitzungen vom 20.10.2020, auch hier keine weitere Nachbearbeitung seitens der Stadt

Hr. Mizler: zu 1 und 2 - es müssen Entscheidungen der Bundesregierung und der Staatsregierung abgewartet werden und dann werden diese Themen wieder aufgenommen, die Haushaltsmittel für PV-Anlage müssten wieder in den Haushalt 2023 eingebracht werden. zu 3. Personalmangel, Medientechniker wird sich in Kürze damit beschäftigen, Problematik der datenschutzgerechten Umsetzung

Stadtrat Pöllath: Riesenbärenklau breitet sich an verschiedenen Stellen im Stadtgebiet aus, Bürgerin bittet um Bekämpfung

Stadtrat Koller: Bitte um Info zur Grundsteuererklärung und Auslage der Formulare

Hr. Renner: Die Formulare liegen seit dieser Woche im Rathaus auf. BürgerInnen haben schon gebrauch davon gemacht, weitere Hinweise auf Homepage und Flyer der Finanzbehörde

Stadtrat Mörk: Bitte Algenbewuchs im Kneippbecken Rosenberg beseitigen.

Stadtrat Reitzenstein: Bahnhofsuhr reparieren

Fr. Schöllhorn: Nicht möglich, da Bahn notwendige Teile abgebaut hat

Stadtrat Bender: Frage zu Artikel der SRZ „Noch kein Konzept zum Bahnhofsgebäude“ angeblich für 36T€ „verschachert“ und es gibt doch ein Konzept von Hedrich

Hr. Strehl: Richtig ein Konzept wurde seitens Hedrich für die Nutzung Erdgeschoss erarbeitet und das Bahnhofsgebäude ist weiterhin im Besitz der Stadt.

TOP Ö 17.1 Photovoltaikanlagen in Neubaugebieten; Antrag in der 24. Sitzung des Stadtrates am 24.05.2022

Antrag wird in Bauausschuss verwiesen

TOP Ö 17.2 Erhalt der Streuobstwiese im künftigen Baugebiet Katzenberg; Antrag in der 24. Sitzung des Stadtrates am 24.05.2022

Antrag wird in der Bauleitplanung umgesetzt

TOP Ö 17.3 Ergänzung / Komplettierung des Feuerwehrbedarfsgutachtens; Antrag in der 24. Sitzung des Stadtrates am 24.05.2022

Hierzu gibt es einen Zwischenbericht durch die Gutachter in der Septembersitzung 2022, im Oktober folgt ein Workshop

TOP Ö 17.4 Verkehrsüberwachung; Antrag in der 24. Sitzung des Stadtrates am 24.05.2022

Umsetzung mit TOP 1 verbunden

TOP Ö 17.5 Beantwortung von Anfragen einzelner Fraktionen an alle Fraktionen; Antrag in der 24. Sitzung des Stadtrates am 24.05.2022

wird im Sitzungsdienst SessionNet umgesetzt

TOP Ö 18: Anträge

Stadtrat Fröhlich (CSU/JU):

1. Mittel für PV-Anlage Kläranlage von 70T€ in Haushalt einstellen und Prüfung ob weitere städtische Gebäude mit PV-Anlagen versehen werden können
2. Prüfung von Außengruppen in KITAs zur Entzerrung der angespannten Situation bei der Bereitstellung von KITA-Plätzen. Wurde bei Betrieben schon bzgl. Betriebskindergärten angefragt?

3. Sparkasse Rosenberg und derzeitige Situation Geldautomat: BM soll sich als Mitglied im Verwaltungsrat der Sparkasse intensiv und nachhaltig für eine Umgestaltung die den Ansprüchen der Nutzer entspricht (z. B. Barrierefreiheit) einsetzen.

Stadtrat Volkert (SURO2030):

Prüfung eines barrierefreien Zugangs zur Hängematte und der dort befindlichen Toiletten. Eingang z. B. mit kostengünstiger Rampe versehen. Haushaltsmittel sind entsprechend der Kosten einzustellen.

Dieter Pirner, 28.06.2022